



In 1 Minute auf den Punkt

Privatisierung der Wasserversorgung in Uruguay



**Der aktuelle Fall von Wasserprivatisierung in Uruguay zeigt:
Wo eine Regierung mehr die Interessen von Großkonzernen als seine Fürsorgepflicht für die Grundbedürfnisse des Volkes wahrnimmt, sind dem Raubbau am Volk Tür und Tor geöffnet.**

Privatisierung der Wasserversorgung in Uruguay - Angesichts eines neuen Gesetzes fürchten Naturschutz und Umweltbewegungen in Uruguay eine Privatisierung und Vermarktung des Gemeinguts Wasser. Dadurch werde Wasser zur Ware, die Investoren sich teuer bezahlen lassen. Somit sei die Abhängigkeit und Verarmung der Bevölkerung, insbesondere der landwirtschaftlichen Betriebe, vorprogrammiert. Fazit: Wo eine Regierung mehr die Interessen von Großkonzernen als seine Fürsorgepflicht für die Grundbedürfnisse des Volkes wahrnimmt, sind dem Raubbau am Volk Tür und Tor geöffnet.

von ms./be.

Quellen:

<https://amerika21.de/2017/10/188168/uruguay-protest-bewaesserungsgesetz>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Privatisierung - www.kla.tv/Privatisierung

#1MinuteAufDenPunkt - In 1 Minute auf den Punkt - www.kla.tv/1MinuteAufDenPunkt

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.